

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfach** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag** in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M.; Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Kappisten vor dem Reichsgericht.

Der harmlose Jagow.

Alle Zweifel sind beseitigt. Drei Kappverbrecher sind heute, rund 1 1/2 Jahre nach dem Kapp-Putsch, vor dem hohen Reichsgericht erschienen. Traugott v. Jagow ist da, neben ihm Konrad v. Wangenheim und Georg Schiele. Ein großes Polizeiaufgebot — alte Polizei und Schutzpolizei — „sichert“ das Reichsgericht. Es hat sich auch viel Publikum eingefunden, doch sind die Karten so vorsichtig ausgegeben, daß der Zuhörerraum noch nicht ganz gefüllt ist — allerdings müssen sich einige der Zuhörer mit Stühlen begnügen.

Jagow wird verhört. Er ist ein ganz harmloser Mensch. Hochverrat hat ihm ganz ferngelegen, er hat nur an ein legales Vorgehen gedacht und hat erst am 13. März erfahren, daß es doch etwas illegal zugegangen ist. Aber dann ist er überzeugt gewesen, daß die Macht schon bei Kapp und Lüttich war, und hat sich ihnen aus Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl des Beamten z. B. zur Verfügung gestellt. Und dann hat er sich um nichts weiter als um das Ministerium des Innern gekümmert und nur die Befehle des Diktators Kapp ausgeführt. Daß Widerstand gegen den Putsch war, daß die Macht nicht völlig bei den Kapp und Lüttich war, das hat er überhaupt nicht bemerkt. Er ist nur Werkzeug gewesen und hat selbstverständlich die patriotischsten Beweggründe gehabt.

Die Vernehmung spielt sich in sehr gemüthlichen Formen ab. Jagow steht in sehr legerer Haltung vor dem Präsidenten, der ihn nicht etwa wie einen Kommunisten zu gerader Stellung auffordert und ihn bisweilen fragt, ob er glaubt, im Interesse des Vaterlandes zu handeln.

Leipzig, den 7. Dezember 1921.

Die Verhandlungen gegen den gewesenen Polizeipräsidenten von Berlin v. Jagow und Genossen begannen heute früh vor dem Reichsgericht. Alle die beteiligten Namen, die der Arbeiterschaft aus den Märztagen nur allzu bekannt sind, stehen auf der Liste der Angeklagten; u. a. Freiberger v. Wangenheim, der frühere Reichstagsabgeordnete, Sanitätsrat Dr. Schiele aus Raumburg (1). Die Verteidigung haben außer 3 Anwälten aus Berlin, Rechtsanwalt Dr. Hartmann (Halle) und Justizrat Dr. Gutschmid (Leipzig) übernommen. Die Zeugen sind heute noch nicht erschienen. Auch unter ihnen gibt es Namen, die uns nicht fremd sind: General Maeder, Admiral v. Trotha, Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann, Reichsminister a. D. v. Hertel, General v. Seekt, Reichsjustizminister a. D. Schiffer, General Lubendorff u. a. Der Prozeß wird gegen Mitangeklagte geführt. Die Urheber des Putsches, die Verbrecher Kapp, Lüttich, Erhardt, Bauer und aus Furcht vor der Verantwortung gelassen und werden kraftlos verkauft. Von den Diktatorverbrechern wurde vor einigen Monaten ein freies Geleit zu den Verhandlungen nachgelastet, den Mut zu kommen; haben sie aber nicht gekunden.

Senatspräsident v. Belarous eröffnet um 9 Uhr die Verhandlungen. Die Anklage lautet auf Hochverrat nach § 81 und 47 des Strafgesetzbuchs.

Jagow äußert sich zur Anklage, er weiß diese scharf zurück. Niemand habe er verflucht, die Verfassung des Reichs gewalttätig zu ändern. Vor dem 13. März habe er lediglich eine Unterredung mit Kapp gehabt. Er lasse mir, die Reichswehr sei über ihre Führer enttäuscht; sie müsse gegen den Spartakismus ihre Haut zu Markte tragen. Sie wolle die Verhältnisse ändern, aber ganz auf legale Weise. Am 13. März selbst habe ich mit Kapp nach Berlin hinein und er fragte mich, ob ich das Amt des Innenministers übernehmen wolle. Ich erklärte mich dazu bereit. Das Kommando über die Sicherheitswehr lag nicht in meiner Hand. Mir wurde im direkt eine Handlung gegen die Reichsverfassung vor v. Belarous: Haben Sie nicht nach der Vernehmung mit Kapp vermutet, daß das ganze Unternehmen nicht auf bestem Wege erfolgen könnte?

v. Jagow: Nein, das war unmöglich.

v. Belarous: War Ihnen über die „Nationalen Vereinigungen“ etwas bekannt?

v. Jagow: Ich habe über deren Ziele (glaube ich!) wenig gewußt, ich habe auch mit Kapp (glaube ich!) nie über die „Nationalen Vereinigungen“ gesprochen. Die ganzen Vorgänge auch am 13. März, hatten absolut nicht das Gepräge einer illegalen Handlung wenigstens von Kapp und Lüttich aus. Sie wollten die Verfassungsänderung durchaus auf gesetzlichem Boden herbeiführen (!!!). Ich selbst bin bei all diesen Handlungen aktiv überhaupt nicht tätig geworden. Ich war keinesfalls dazu berechtigt auf Grund dessen was ich sah, irgend etwas Alleges zu verbreiten. Nach kurzer Zeit vor dem Sturz der Regierung habe ich nichts davon gewußt. Der Einzug der Truppen übernahm ich vollkommen. Ich sah erst vier Autos am 13. März, früh 6 Uhr, ankommen und dahinter Truppen, in ihrer Mitte eine große schwarz-weiß-rote Fahne. Ich glaube, es würde sich um eine Demonstration (!!!) handeln. Erst später dann erfuhr ich was los war! Die Brigade Erhardt, so sagte man mir, wolle Berlin besetzen, es würde kein Widerstand geleistet.

Kapp, mit dem ich im Auto nach dem Brandenburger Tor fuhr, war vollkommen ruhig, absolut nicht aufgeregter. Der Einmarsch ging so friedlich vor sich als ob die Truppen aus einem feindlichen Lager kämen. Die Leute machten alle freundliche Gesichter (!), überall waren schwarz-weiß-rote Fahnen zu sehen. Kapp sagte dann zu mir: Die deutsche Regierung ist festgesetzt die Brigade Erhardt beherrscht Berlin absolut. Auf den Straßen haben die Geschütze und hielten alles in Schach. Genau so wie am 9. November ich weiter gearbeitet habe, um das Vaterland zu retten nahm ich am 13. März 1920, wo ich sah, daß die Reichsverfassung in die Hände von Kapp übergegangen war, dieselbe Stellung ein und stellte mich Kapp als exekutives Organ zur Verfügung.

v. Belarous: Der Kampf war aber doch nicht entschieden. Kapp hatte doch noch nicht die Regierungsgewalt übernommen.

Sie hätten erst abwarten müssen, ehe Sie sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, von der Sie gar nicht wußten, ob Sie länger als ein paar Tage oben bleiben würde.

Jagow: Ich hatte mich in einer Sekunde zu entscheiden, ob ich ja oder nein lazen wollte. Ich mußte mich sofort auf den neuen Gewalthaber umstellen. Alle anderen höheren Beamten arbeiteten weiter, und ich glaubte dem Vaterlande den besten Dienst zu leisten, wenn ich mich nicht in eine isolierte Stellung begeben würde. Ich übernahm dann die mir von Kapp übertragene Aufgabe der Befestigung der oberen Beamtenstellen, ich hatte dafür zu sorgen, daß am 14. März früh alle Mitglieder des neuen Verwaltungsausschusses gewählt und versammelt seien. Kapp wollte, nachdem die alten Regierungsvertreter gelassen waren, nun wieder eine Koalitionsregierung einrichten, und wenn er die Vertreter von rechts bis links, so wie er es wünschte, bekommen hätte, dann wäre gar keine Verfassungsänderung notwendig gewesen, alles hätte auf gesetzlichem Wege vor sich gehen können. Daß ich den Posten des Innenministers übernahm, entsprang rein dem Wunsche, zur Wiederherstellung der Ordnung (!) beizutragen. Kapp lasste mir, daß das Ministerium auf breiter Basis aufgebaut werden solle und daß alle Parteien vertreten sein müßten. (!) Am 13. März kam Kapp zu mir und sagte, es drohe der Generalkrieg. Ich war über die Maßnahmen bezüglich eines Streikverbotes z. garnicht orientiert, ich habe davon nichts gewußt. Am 14. um 12 Uhr hielt ich eine Rede im vaterländischen Sinne an die neugewählten Minister. Ueber die Verbindung mit anderen Städten, Telegrammen usw. hatte ich keine Ahnung.

(Bei Redaktionschluss gehen die Verhandlungen noch weiter.)

Der erste Zusammenbruch. Eine Folge der Devisenpekulation.

Berlin, 7. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pfälzische Bank in Ludwigshafen ist, wie die Börsische Zeitung mitteilt, durch unverantwortliche Devisengeschäfte ihres Arbitrageurs bei der Münchner Niederlassung von 340 Millionen Mark geschädigt worden. Sämtliche Kapitalien und Reserven der Bank, die fast 100 Millionen Mark betragen, sind dadurch völlig verloren. Die Bank ist aus sich heraus nicht in der Lage für den Schaden aufzukommen. Die Deutsche Bank und die mit ihr vereinigte Rheinische Kreditbank haben eine umfangreiche Aktion eingeleitet, die auf ein vollständiges Uebernahme der Pfälzischen Bank hinausläuft, so daß die Gläubiger der zusammengebrochenen Bank keine Verluste erleiden würden.

Damit hätte die Devisenhäufung nunmehr ihr erstes Opfer gezeitert. Die Pfälzische Bank bezahlte diese unverantwortlichen Manöver mit ihrer Selbstständigkeit. Sie wird verschluckt von einer der Riesensbanken. Die Konzentration des Kapitals hat dadurch eine weitere Stärkung erhalten. Das war noch immer der Schlußeffekt derartiger Börsenmanöver.

Verständigung über eine Lösung der irischen Frage.

London, 6. Dezember. Von maßgebender britischer Seite wird mitgeteilt, daß bei den letzten Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Sinnfeinern ein Uebereinkommen erzielt worden ist. Die letzten Verhandlungen wurden von Lord George, Chamberlain, Lord Birkenhead und Curzon auf Seiten der Regierung und Collins und Barton auf Seiten der Sinnfeiner geführt. Die Bedingungen des erzielten Uebereinkommens werden dem Parlament und dem Dail Eireann zur Annahme empfohlen werden.

Der Vorkämmer Lord Birkenhead machte heute in einer Rede Einzelheiten des Uebereinkommens bekannt. Die Hauptbedingungen sind die folgenden: Mit einem einzigen Vorbehalt wird Irland in die Lage versetzt wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Es wird dem Namen: Irischer Freistaat erhalten. Südirland ist darin im eigenen Hause. Man wird den Versuch in sehr weitherziger Weise auf derselben Grundlage machen, wie er in Südafrika mit Erfolg angewendet wurde. Die Vertreter der Sinnfeiner sind bereit, dem irischen Parlament zu empfehlen, daß der neugebildete irische Freistaat nicht einen Vertrag des Verbandes mit dem britischen Reiche abschließt, sondern in das britische Reich eintritt. Die Treue des irischen Freistaates zur britischen Reichsgemeinschaft und zum König Georg wird klar und unzweideutig in seiner Verfassung erklärt.

London, 6. Dezember. Das Kabinett hat heute vormittag zusammen und billigte einstimmig den Entwurf des Uebereinkommens, das mit den Vertretern der Sinnfeiner abgeschlossen wurde. Es beabsichtigte Lord George und die Mitglieder der Delegation für die irischen Verhandlungen zu dem Erfolg ihrer Auftragsnahmen. Den Wätkern zufolge verläuft, daß der früheste Zeitpunkt, an dem das Parlament zusammentreten könnte, der 10. Januar sei.

Zarung des Reichstages.

Ueber die Beratungengegenstände, die dem Reichstag bei seiner voraussichtlich auf 4—5tägigen Tagung vorzulegen werden, werden genannt das Umsatzsteuergesetz und das neue Ortsklassenverzeichnis, das rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 erhalten soll und einige sonstige kleine Vorlagen.

Die kommende Tagung der USP.

Die Parteiorganisationen des Reichs sind dabei, ihre Stellungnahme zum kommenden Parteitag festzulegen. Die Organisationen beschäftigen sich mit der wichtigsten Frage, die der Parteitag zu behandeln haben wird: unre faktische Einstellung. Alle Resolutionen, die in dieser Richtung Annahme fanden, zeigen das einmütige Bekenntnis zu der bisher eingehaltenen Taktik des Klassenkampfes. Ueberall hat man sich mit aller Bestimmtheit gegen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ausgesprochen und damit die Grundsätze des Hallenser Manifests erneut bestätigt. Wir haben wahrhaftig keine Ursache, von den klaren Richtlinien, die der Parteitag in Halle vorgezeichnet hatte, abzugehen und gerade die Vorgänge in Götting, die manchen Einigungswunsch zerküßert haben, zeigen uns mit aller Deutlichkeit, daß nur der Weg auf dem Boden der Klassenkampftaktik übrigbleibt, um auf dem schnellsten Wege unserm Ziele entgegenzustreben. Die Rechtssozialisten begannen mit der Kriegspolitik, die ihre gradlinige Fortsetzung fand in der Koalition mit den demokratisch schillernden Parteien Deutschlands. Nachdem sie aber abgewichen waren von dem geraden Wege des Klassenkampfes, wurden sie durch die Logik der Entwicklung gedrängt, auch der monarchistisch gesinnten Partei des deutschen Großkapitals die Hand zu gemeinsamer Arbeit darzubieten. In Preußen wurde die Probe aufs Exempel gemacht, und selbst in weiten Kreisen der Rechtssozialisten hat diese Paarung zwischen Seevering und Dr. Voelckh außerordentliche Mißstimmung erregt. Eine solche Koalition ist für jede Arbeiterpartei eine Unmöglichkeit, und es zeigt sich mehr und mehr, daß die USPD, ihre historische Aufgabe, den Klassenkampfstandpunkt innerhalb der Arbeiterfront mit aller Schärfe in den Vordergrund zu kehren, unabwendbar zu erfüllen hat.

Ueber diese taktische Frage wird auf dem Parteitag voraussichtlich kein großer Kampf entbrennen, da man sich in den Reihen der Mitglieder über die Ablehnung einer Koalition mit bürgerlichen Parteien vollkommen klar ist. Von dieser taktischen Einstellung wird naturgemäß die Frage bestimmt, die im Vordergrund aller Diskussionen steht, die Frage einer Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats. Die Entwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zeigt mit Naturnotwendigkeit, daß die deutsche Arbeiterklasse, zersplittert in drei, vier oder fünf Parteien bzw. Parteispitzer, der geschlossenen Macht des Kapitals weichen muß. Im Anschluß an die Erzbergerdemonstrationen zeigte sich eine erfreuliche Entwicklung der Einigungsbestrebungen, die aber durch die Macher des Göttinger Parteitags hinfällig mit brutaler Faust zerstört wurden und heute fast in dem Zustande der Hoffnungslosigkeit angelangt sind. Dies ist um so folgenschwerer, als in den nächsten Wochen die wirtschaftliche Schicksalsfrage des deutschen Volkes entschieden werden muß. Noch immer verhandelt man in England, noch hat sich die Regierung nicht positiv ausgesprochen über die Gestaltung der Sachwertfleuern, aber die Zeit drängt, so daß über Nacht die wichtigste Frage für das deutsche Volk höchste Aktualität erlangen kann, während andererseits die Arbeiterklasse, zersplittert und zerissen, sich gegenseitig in den Haaren fängt.

Durch den Sonntagartikel der Freiheit, den wir gestern auszugeweiht zum Abdruck brachten, ist die Frage der Einigung erneut in den Vordergrund gerückt worden, ohne daß freilich die Hoffnung bestände, damit einen Schritt weitergefangen zu sein. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die Wirkungen des Freiheit-Artikels eine durchaus verschiedene war. In Berlin wurde die Auffassung der Freiheit in der Bezirksgeneralkonferenz von Groß-Berlin scharf bekämpft, während andererseits die Rote Fahne diesen Aufsatz unter zustimmenden Bemerkungen in seiner Gesamtheit zum Abdruck brachte. Der Vorwärts ist ebenfalls mit dem Grundgedanken des Freiheit-Artikels einverstanden, ohne daß aber durch keine Stellungnahme die Lösung der Frage auch nur um einen Schritt weitergebracht worden sei. Am Schluß seiner Darlegungen erklärt der Vorwärts, daß eine Einigung nur zustande kommen könnte unter der Führung der „starken einheitlichen Sozialdemokratischen Partei.“

Auch die Rote Fahne beschäftigt sich in einem weiteren Aufsatz eingehender mit den Grundgedanken des Freiheit-Artikels und stellt folgende „Schlüsse“: Die Grundlage für die nächste gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse sei die Erfassung der Sachwerte. „Die Grundvoraussetzung dafür ist der Bruch mit der Regierung Wirth, wie mit jeder andern bürgerlichen Koalition.“ Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt seien, dann sei die Bahn für eine proletarische Aktion über die nächstliegenden Aufgaben frei. Dazu ist zu bemerken, daß die USP, als erste versucht hat, den Kampf um die Sachwerte in den Vordergrund der gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse zu rücken, und daß die Unterfälligung des Kabinetts Wirth durch unsere Partei bisher nichts anderes gewesen ist als eine formale Angelegenheit, die niemals ein Stein des Anstoßes sein und werden könnte, sofern davon die Einigung des Proletariats abhinge. Aber es ist bei der Stellung-